

+ Pro: **Konjunkturpaket der Bundesregierung – ökologisch nachhaltig?**

von Matthias Machnig



↳ Matthias Machnig ist Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Foto: Presse- u. Informationsamt der Bundesregierung

» Deutschland steht vor einer doppelten strukturellen Herausforderung: zum einen die globale Finanzmarktkrise, die sich auf die Realwirtschaft ausgeweitet hat. Wir stehen vor einer tief greifenden Rezession. Zum anderen verändern die Konsequenzen des Klimawandels sowie die Verknappung von Rohstoffen und Energie die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens erheblich. Mit der Konzentration auf Maßnahmen, die Arbeit schaffen und zugleich der Umwelt nutzen, verfolgen wir in dieser schwierigen Situation eine Strategie des doppelten Nutzens. Es lässt sich nicht das eine Marktversagen mit dem anderen verrechnen.

Notwendig ist ein New Deal für Arbeit, Umwelt und Innovationen. Deutschland muss sich jetzt fit machen für die Zeit nach der ökonomischen Krise. Es legt den Schwerpunkt auf Investitionen und Investitionsanreize und will gleichzeitig die Binnennachfrage stützen. Das ist die nachhaltige Antwort auf die Krise der virtuellen Ökonomie: wirtschaftliches Wachstum unterstützen, Beschäftigung sichern und Umwelt schützen. Jetzt bietet sich die Möglichkeit, eine grundlegende und weit reichende Modernisierung von Energie, Gebäuden und Verkehr einzuleiten. Die Bundesregierung hat gehandelt: Dieser Grundsatz ist Eckpfeiler des 50-Milliarden-Euro schweren Konjunkturpakets.

Das Konjunkturpaket reagiert auf die Krise: Es werden umfangreiche zukunftssträchtige Investitionen in Deutschland angestoßen. So stellt die Bundesregierung zusätzliche zehn Mrd. Euro für die energetische Sanierung, u. a. von Schulen, Kinder-

gärten, Hochschulen und Krankenhäusern, zur Verfügung. Dadurch wird Beschäftigung im lokalen Handwerk gesichert und klimaschädliche CO₂-Emission verringert. Zudem werden bereits kurzfristig Energiekosten eingespart, die an anderer Stelle investiert werden können. Die Investitionen werden so ausgerichtet, dass über Multiplikatoreffekte deutliche Impulse für diese Ziele gesetzt werden. Bei den Investitionsförderungen in die Infrastruktur wird ein Schwerpunkt auf die Lärmsanierung an kommunalen Straßen gelegt. Ein zweiter Schwerpunkt des Pakets ist die Förderung umweltfreundlicher Mobilität: Die Forschungsmittel für emissionsarme Autos werden um 500 Mio. Euro aufgestockt, die Kraftfahrzeugsteuer nach CO₂-Ausstoß ausgerichtet und 1,5 Mrd. Euro für die KfZ-Umweltprämie bereitgestellt: Wer ein neues, umweltfreundliches Auto kauft und dafür ein altes verschrottet, erhält einen Zuschuss von 2.500 Euro. Die Umweltprämie wird zu einer zügigen Erneuerung des Kraftfahrzeugsbestands beitragen und damit auch einen positiven Effekt auf die Umwelt haben – auch wenn wir uns bei der Förderung eine noch stärkere Bindung an Effizienzstandards gewünscht hätten.

Das jetzige Konjunkturprogramm reagiert zwar, ohne allerdings zu gestalten und Zukunftsinvestitionen ins Zentrum zu setzen. Es ist ökonomisch und umweltpolitisch zumindest unzureichend. Deshalb hat das BMU auch das Programm „Arbeit, Umwelt und Innovationen“ vorgelegt, mit Investitionen in Energieinfrastrukturen, Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität und FuE-Maßnahmen im Bereich der ökologischen Modernisierung. ■

■ Contra: Konjunkturpaket der Bundesregierung – ökologisch nachhaltig?

von Hubert Weiger ■ ■



↳ Prof. Dr. Hubert Weiger
ist Vorsitzender des Bundes
für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND) e.V.

Foto: www.bund.net

» Konjunkturpakete, die zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen, den Erhalt der biologischen Vielfalt sichern und ressourcenleichte und naturverträgliche Ökonomien stärken statt Großprojekte und Autokonzerne zu fördern, wären ein – so nennen es Wirtschaftswissenschaftler gern – „antizyklisches Verhalten“, das weitaus positivere Wirkungen entfalten würde als das Herumdoktern an aktuellen Krisensymptomen. Davon ist bei den von der Bundesregierung versuchten Antworten auf die Wirtschaftskrise wenig zu spüren. Zu oft werden – wie im Falle der Abwrackprämie zur Förderung des Autoverkaufs oder der Kfz-Steuerbefreiung bzw. -senkung (bei der künftig CO₂-bezogenen Kfz-Steuer) – Chancen verschenkt, den Umbau der Wirtschaft zu fördern. Hunderte Millionen Euro werden zudem in Straßenbauprojekte gelenkt, deren ökologischer Schaden größer ist als ihr Nutzen. Verzichtet wird auch darauf, beim Gebäudesanierungsprogramm klare Klimaschutz-Standards vorzugeben. Dieses Programm müsste eigentlich von derzeit 1,4 Milliarden auf 20 Milliarden Euro pro Jahr ausgeweitet werden. Dann ließe sich der öffentliche Gebäudebestand zügig energetisch sanieren. Alle würden profitieren: die mittelständischen Betriebe, das Klima, der Arbeitsmarkt, die öffentlichen Kassen. Auch die Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien zum Heizen müssten ausgebaut werden, z. B. indem das Erneuerbare Wärme-gesetz auch für den Gebäudebestand gilt. Die Förderung von Nahwärmenetzen ließe sich auf 300 Millionen Euro verdoppeln und würde Fortschritte beim Ausbau der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung anstoßen. Energieberatungen für den

Kauf effizienter Elektrogeräte auch für einkommensschwache Haushalte sollten ebenfalls finanziert werden. Die Förderung umweltfreundlicher Verkehrssysteme gehört zu weiteren Möglichkeiten, Deutschland zukunftsfähiger zu machen. Für mindestens drei Jahre sollten zwei Milliarden Euro jährlich für Investitionen in regionale Schienenstrecken und zur Optimierung des Güterverkehrs im Hinterland der Seehäfen bereit gestellt werden. Im Naturschutz liegen weitere Potentiale zur Verknüpfung wirtschaftlicher Impulse mit dem Erhalt und der Schaffung umweltfreundlicher Arbeitsplätze. So käme ein Renaturierungsprogramm für Moore in Höhe von etwa einer Milliarde Euro insbesondere mittelständischen Planungs- und Landschaftspflegeunternehmen zugute. Mit einem Investitionsprogramm in ähnlicher Höhe könnten die rund 300 notwendigen Grünbrücken und Tunnel für wandernde Tierarten gebaut werden. Mit einem Auen-Renaturierungsprogramm ließe sich den Flüssen 80 Tausend Hektar Überschwemmungsfläche zurückgeben. All diese ökologischen Maßnahmen könnten nicht nur mit Mitteln aus den Konjunkturpaketen finanziert werden, sondern auch mit Erlösen aus dem CO₂-Zertifikatehandel und dem Abbau umweltschädlicher Subventionen. Dazu gehört das Abschaffen der Steuerbefreiung im Flugverkehr, der Steuerprivilegien für die Atomindustrie und des Dienstwagenprivilegs. Von all dem steht in den Konjunkturpaketen kein Wort. Bewerten wir ihre AutorInnen, dann kann es nur heißen „durchgefallen“.